

Aus den Bundesländern

AOK: Kein Bundeszuschuß an die Kassen!

BAD NEUENAUH. Die Ortskrankenkassen haben – wie die gesetzliche Krankenversicherung allgemein – Probleme mit der Finanzierung der Rentnerkrankenversicherung. Der systematische Fehler in der Finanzierung liege darin, daß die Krankenversicherung für die Rentner keine ihrem Risiko, ja nicht einmal dem Durchschnittsrisiko aller Versicherten entsprechende Beiträge von der Rentenversicherung erhalte, stellte Ernst Picard, der stellvertretende Geschäftsführer des AOK-Bundesverbandes, auf einem Presseseminar seines Verbandes in Bad Neuenauhr fest.

Gleichwohl fordern die Ortskrankenkassen nicht, für die Rentner risikogerechte Beiträge einzuführen. Mehrfach betonten die Verbandssprecher in Bad Neuenauhr, die Solidarität der Generationen müsse aufrecht erhalten bleiben. Die Verbandsforderung geht lediglich dahin, den Beitragssatz zur Rentnerkrankenversicherung der Entwicklung des allgemeinen Beitragssatzes regelmäßig anzupassen.

Einen Bundeszuschuß zur (Teil-) Finanzierung der Rentnerkrankenversicherung lehnten die AOK-Verbandssprecher ab. Eine derartige Anregung hatten kurz zuvor der Vorsitzende der KBV, Professor Dr. Siegfried Häußler, und der KBV-Hauptgeschäftsführer Dr. Eckart Fiedler auf einem Presseseminar der KBV in Berlin gegeben. Allerdings scheint die Ablehnung des AOK-Verbandes lediglich für direkte Zuschüsse des Bundes an die Krankenversicherung zu

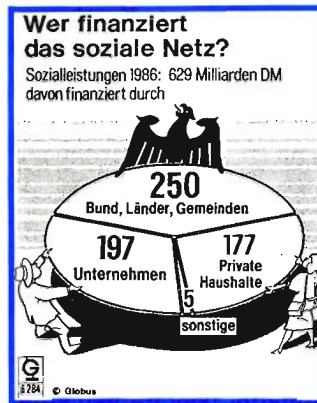
gelten. In einem solchen Falle würde der Bund wohl auch Einfluß auf die Vertragsgestaltung nehmen wollen, befürchtet der Vorstand; doch die Kontrollpolitik müsse auch weiterhin Sache der Vertragspartner bleiben. Mit Bundeszuschüssen an die Rentenversicherung, um diese in die Lage zu versetzen, systemgerechte Beiträge an die Krankenversicherung der Rentner zu zahlen, würden sich die Ortskrankenkassen indes wohl anfreunden können. NJ

Pharma-Industrie „stark unter Druck“

SINGEN. Für die deutsche Pharma-Industrie brechen nach eigener Einschätzung harte Zeiten an. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Prof. Dr. Hans Rüdiger Vogel, betonte vor Journalisten in Singen, die Vielzahl der Probleme habe zu einer „starken Unruhe“ unter den rund 500 Mitgliedsfirmen geführt.

Ein BPI-Appell an seine Mitglieder, die Preise für zwei Jahre nach Möglichkeit einzufrieren, um so zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beizutragen, habe zwar seit März dieses Jahres zur Preisstabilität geführt; die erhoffte politische Signalwirkung sei jedoch ausgeblieben.

Die Arzneimittelproduktion ist insgesamt im ersten Halbjahr 1986 um 2,3 Prozent auf 10,2 Milliarden DM zurückgegangen. Im Vergleichszeitraum 1985 war noch ein Produktionsanstieg von 9,2 Prozent errechnet worden. Auch das „Zugpferd“ der deutschen Pharma-Industrie, der Export, „lahmte“ in den ersten sechs Monaten dieses Jahres. Erstmals seit Jahren wurde ein Minus von 1,3 Prozent registriert.



Mehr als 600 Milliarden DM werden im Jahr 1986 für soziale Sicherheit ausgegeben. Rund 40 Prozent dieses Betrags stammen aus den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden. 31 Prozent steuern die Unternehmen bei, und weitere 28 Prozent bringen die privaten Haushalte durch Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen auf Globus

Nach den Worten von Professor Vogel verschärft sich die Situation auf dem Pharma-Markt in nächster Zeit beispielsweise noch durch die AMG-Novelle (unter anderem Beschränkung der Musterabgabe) und die Ende des Jahrzehnts beim Bundesgesundheitsamt (BGA) anstehende Nachzulassung für ältere Arzneimittel. Daneben bereitet den forschenden Firmen der enorme Generica-Zuwachs zunehmend Schwierigkeiten.

Laut BPI liegen dem BGA gegenwärtig über fünftausend Zulassungsanträge vor allem für Nachahmepreparate vor. rei

5,1 Millionen DM zur Selbsthilfe

BERLIN. Der Berliner Senat hat im ersten Halbjahr dieses Jahres 117 Selbsthilfegruppen insgesamt 5,1 Millionen DM für ihre Aktivitäten bewilligt. In den vergangenen vier Jahren wurden mehr als 430 Gruppen unterstützt. LPD

Erfolgreicher Krankenpflege-Notfalldienst

BERLIN. Der von den Sozialstationen der Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg-Mitte und Steglitz seit Februar 1986 für ganz Westberlin durchgeführte Krankenpflegenotfalldienst ist ein großer Erfolg. Die Berliner Gesundheitsverwaltung wird deshalb dieses ursprünglich auf sechs Monate begrenzte Pilotprojekt bis zum Jahresende weiter unterstützen.

Von den Krankenpflegekräften im Notfalldienst wurden in über 200 Einsätzen unnötige Krankenhausaufenthalte verhindert. Meistens wurden ältere Menschen, die alleine lebten oder die nicht von Familienangehörigen gepflegt werden konnten, außerhalb der normalen Öffnungszeiten der Sozialstationen, nachts und an den Wochenenden, betreut und jeweils am nächsten Tag an die zuständige Sozialstation vermittelt. EB

„Luftbrücke“ für erkrankte Berliner

BERLIN. Ein auf dem Flughafen Tempelhof stationiertes Rettungsflugzeug vom Typ „Learjet“ soll in Zukunft im Ausland erkrankte oder verletzte Berliner in die geteilte Stadt zurückfliegen, falls dies notwendig sein sollte.

Das Rettungsflugzeug soll über diese Ambulanzflüge hinaus unter anderem auch für den Transport von Spender-Organen zur Verfügung stehen.

Die neue „Luftbrücke“ wird gemeinsam von der Deutschen Rettungsflugwacht, dem Deutschen Roten Kreuz und der Tempelhof Airways getragen. EB